

Parteiversammlung BDP Schweiz **Samstag, 22. April 2017, Pratteln**

Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

Die göttliche Ordnung

Ende Februar hatte ich die Gelegenheit, an der Premiere des neuen Schweizer Films dabei zu sein, der den Titel „Die göttliche Ordnung“ trägt. Nur wenige Tage später habe ich mir den Film bereits ein zweites Mal angeschaut und dabei meine drei Töchter ins Kino mitgenommen. Und ich werde diesen Film auch ein drittes und ein viertes Mal schauen.

Der Film dokumentiert den Kampf der Schweizer Frauen für ihr Stimm- und Wahlrecht, das ihnen erst 1971 zugestanden wurde. Ich sage deshalb bewusst „erst“ 1971, weil die Schweiz damit massiven Rückstand auf den internationalen Fahrplan hatte.

Neuseeland beispielsweise begann damit bereits 1893. Australien im Jahr 1902. Es folgten Finnland 1906, Norwegen 1913, Dänemark 1915, Holland 1917, Russland (!) 1917, Polen 1918, Österreich 1918, USA 1920, Schweden 1921.

Die Türkei (!) führte das Frauenstimmrecht 1934 ein. Die Philippinen 1937. Indien 1950. Iran (!) 1963. - Und - eben - die Schweiz 1971...

Der Film „Die göttliche Ordnung“ beschreibt dabei nicht nur den eindrücklichen und schwierigen Kampf der Frauen, sondern auch den damaligen Zeitgeist und - insbesondere - die hoffnungslose Überforderung der Männer. - Aber der Film verurteilt nicht. Und es steht auch uns nicht zu - aus heutiger Sicht, mit heutigen Massstäben - über die damaligen Fragestellungen zu urteilen.

Dennoch habe ich mich nach diesem Film geschämt; als Mann geschämt... Und zwar nicht wegen den Männern von damals, die in aller Selbstverständlichkeit Ungerechtigkeiten als gesellschaftliche Realität akzeptiert haben. Nein, ich habe mich geschämt wegen der heutigen Männergeneration - wegen uns Männern, wegen Männern wie ich...

Wir, die glauben, seit der Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971 sei Gleichberechtigung eine Tatsache. Wir, die schmunzelnd und kopfschüttelnd im Kino den Männern von 1971 - also der Generation unserer Väter und Grossväter - zuschauen.

Wir sollten uns schämen - und zwar nicht für andere, sondern für uns selber: Denn ist es ist eine Tatsache, eine gesellschaftliche Realität, dass die „göttliche Ordnung“ immer noch - auch im Jahr 2017 - Ungerechtigkeit bedeutet. Und wir akzeptieren diese Ungerechtigkeiten mit der genau gleichen, bzw. gleichgültigen Selbstverständlichkeit wie die Männer von 1971. Und dabei glauben wir noch ernsthaft, es sei ja inzwischen besser als damals; wir seien besser als damals; wir Männer seien besser und moderner als damals...

Das Frauenstimmrecht mag eine gelebte Selbstverständlichkeit geworden sein. Darauf sollten sich aber weder dieses Land noch die Männer in diesem Land irgendetwas einbilden. Vielmehr sollten wir uns mit der Frage auseinandersetzen, weshalb Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau noch keine Realität ist. Warum niemand „Verfassungsbruch!“ schreit - dann, wenn tatsächlich die Verfassung nicht umgesetzt wird...

Wir sollten uns also mit der Frage auseinandersetzen, weshalb die beruflichen Chancen der Frauen unnötig und blödsinnig erschwert werden - beispielsweise durch steuerliche Fehlanreize oder durch mangelnde Kinderbetreuungsangebote.

Antworten auf diese Fragen würde es geben - auch bürgerliche Antworten, sofern man eine bürgerliche Politik dahingehend versteht, dass sie sich an den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft orientiert - also an den Bürgerinnen und Bürgern...

Allein in der letzten Frühlingssession wurde bürgerlicher Fortschritt in diesem Bereich gleich drei Mal verhindert, indem entsprechende Vorstösse der BDP abgelehnt wurden. Drei Mal wurde eine „göttliche Ordnung“ manifestiert, die Ungerechtigkeit zum schweizerischen Alltag macht und für die wir uns eigentlich schämen sollten, statt sie stets zu erhärten.

Wir haben zum Beispiel einen Einarbeitungszuschuss vorgeschlagen, mit dem der berufliche Wiedereinstieg nach einer Familienphase gefördert und erleichtert würde. Dies hätte insbesondere die beruflichen Chancen von Müttern erhöht und gleichzeitig die Arbeitgeber - also die Wirtschaft - entlastet. Ein durchaus bürgerlicher und liberaler Lösungsansatz, sofern jemand an Lösungen interessiert ist.

Ebenso haben wir vorgeschlagen, Frauenorganisationen institutionell in die Sozialpartnerschaften aufzunehmen. Sozialpartnerschaften bezwecken ja bekanntlich eine gleichberechtigte Interessenvertretung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wenn man den zahlreichen Missständen und Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen nicht mit staatlichen Interventionen begegnen will, dann soll man doch wenigstens die Betroffenen institutionell in bereits bestehende Strukturen einbinden, z. B. also in die Sozialpartnerschaften. - Der Bundesrat sieht hier aber keinen Handlungsbedarf...

Und wir haben uns mit einem Elternurlaub für gleich lange Spiesse von Vätern und Müttern eingesetzt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht eben nicht nur über die Mütter, sondern auch über die Väter - oder eben: Die Eltern.

Nun, die Antwort von rechts aussen war relativ eindeutig: Der Mutterschaftsurlaub diene der Erholung der Mütter. Solange Männer keine Kinder austragen können, müsse man nicht über einen Elternurlaub diskutieren. - Aussage einer Frau und dreifachen Mutter; und schon wieder wurde klargestellt, wie die „göttliche Ordnung“ in diesem Land auszusehen hat.

Weder die Politik noch die Wirtschaft sind in der Lage, offensichtliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Viel lieber führt man technokratische Diskussionen über Umwandlungssätze und Koordinationsabzüge oder über zinsbereinigte Gewinnsteuern und Patentboxen. Viel lieber sucht man(n) Verständnis und Applaus dafür, dass man nach wochenlangem Druck „freiwillig“ auf einen Teil seines Bonus verzichtet, den man(n) trotz massivem Verlust für die Unternehmung einzusacken gedenkt.

Wenn aber irgendein #womensday gefeiert wird und die Kameras und Blitzlichter bereit sind, dann wollen alle mit rosaroter Wolle stricken. Und niemand hinterfragt dann, wie oft derjenige oder diejenige, die jetzt gerade feierlich in die Linse lächelt, schon Ungerechtigkeiten unterstützt hat. Nein, niemand wird in der Schweiz an den politischen Pranger gestellt, wenn er Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen unterstützt. Es gehört offenbar zur Vielfalt, vielleicht sogar zur Kohäsion unseres Landes, dass man Fortschritte zugunsten der Frauen - und damit zugunsten unserer Gesellschaft - systematisch verhindert.

Wenn sich also linke und rechte Forderungen gegenseitig blockieren, dann braucht es vernünftige und lösungsorientierte Kräfte wie die BDP. Wenn verstaubte Männer und konservative Frauen die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft ignorieren, dann braucht es bürgerlichen Fortschritt, wie ihn die BDP vertritt.

Und tatsächlich scheint die Erkenntnis langsam einzukehren, dass Vernunft und Kompromisse dieses Land geformt und entwickelt haben - nicht Polarisierung und Isolation. Der pragmatischen Mitte sei Sorge zu tragen, war vor einigen Wochen zu lesen. Denn es brauche den Brückenbau als Alternative zur Blockade.

Bürgerlicher Fortschritt bedeutet vernünftige Lösungen und nicht sture Ideologien. Wer sich hinter Ideologien verschanzt, wird sehr rasch deren Untertan. - Und wir Schweizerinnen und Schweizer wollen bekanntlich keine Untertanen sein. Von niemandem - auch nicht von Ideologien. Noch nie aber ist jemand Untertan seines Pragmatismus geworden...

Wenn diese Erkenntnis steigt, wenn der Wunsch nach einer bürgerlichen und fortschrittlichen Mitte steigt, dann muss das schlichtweg die Neuentdeckung der BDP bedeuten. Wir stehen - nachweislich - für bürgerlichen Fortschritt, und unsere Politik ist - nachweislich - am nächsten beim Volk.

Es dürfte sich also sehr wohl lohnen, noch eine Weile zu bleiben. Denn dafür sind wir ja gekommen. - Gekommen, um zu bleiben.